



Joachim Günther

Mitglied des Deutschen Bundestages
Sprecher für Bau, Wohnungswesen und Aufbau Ost der FDP-Fraktion
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

☎ (030) 227 – 75636

📠 (030) 227 – 76754

✉ joachim.guenther@bundestag.de

Pressemitteilung

Joachim Günther erklärt auf entsprechende Nachfrage der TAZ zur Pressemitteilung der FDP vom 10. 6. 2009 „Bericht zur Deutschen Einheit – Prognose kann nicht stimmen“:

Das Steuersystem, das die Liberalen einführen wollen, ist einfach, niedrig und sozial. Es basiert auf einem Drei-Stufen-Tarif. Nach dem FDP-Modell steigt der Grundfreibetrag – egal, ob es sich um ein Kind oder einen Erwachsenen handelt - auf 8000 Euro. (Damit würde eine Familie mit zwei Kindern bis zu einem Einkommen von 32000 Euro gar keine Steuern zahlen müssen.)

Für Einkommen einer Person von 8001 bis 20000 Euro wird ein Steuersatz von 10 Prozent erhoben, für Einkommen von 20001 bis 50000 Euro ein Steuersatz von 25 Prozent. Für Einkommensteile ab 50001 Euro käme ein Steuersatz von 35 Prozent zum Tragen.

Würde dieses Steuersystem eingeführt, bliebe der großen Mehrheit der Bevölkerung mehr Netto vom Brutto. Damit würde die Kaufkraft steigen, wodurch wiederum die Wirtschaft angekurbelt werden könnte. Das würde vor allem in den Neuen Bundesländern ins Gewicht fallen, weil dort das durchschnittliche Bruttoeinkommen laut Statistischem Bundesamt derzeit nur 2366 Euro beträgt, während es in Westdeutschland bei 3246 Euro liegt.

Der größte Fehler der Bundesregierung in dieser Legislaturperiode war aus meiner Sicht die größte Steuererhöhung in der Geschichte der Bundesrepublik. 19 Steuererhöhungen und dabei besonders die der Mehrwertsteuer fallen ins Gewicht. Die Menschen haben immer weniger Geld im Portemonnaie, also leisten sie sich immer weniger. In den ländlichen Gebieten Ostdeutschlands haben zum Beispiel sehr viele Menschen kleine Häuschen - geerbt oder zu DDR-Zeiten geschaffen. Für Modernisierungsarbeiten bleibt immer weniger Geld, was sich auch in den Berichten der hier ansässigen Handwerksbetriebe oder der Baustoffbranche widerspiegelt. Oder die Menschen gehen nicht mehr in Gaststätten zum Essen, was wiederum die Gastronomen an den Rand der Pleite treibt. Diesen Teufelskreis wollen wir durchbrechen – mit dem oben beschriebenen Steuersystem.

In unserem liberalen Sparbuch, das auf www.fdp-fraktion.de eingesehen werden kann, zeigen wir entsprechende Einsparpotentiale auf. (10. Juni 2009)